

Eing.: 23 JUNI 2014

④ AN 11

PG/L-01867-2014/000

**Beschluss- (Resolutions-) Antrag**

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,  
der GemeinderätInnen Mag.

Thomas Reindl, KR Fritz Strobl und Mag. (FH) Tanja Wehsely (SPÖ), sowie David Ellensohn, DI Martin Margulies und Birgit Hebein (GRÜNE) betreffend eine **Steuerreform in Österreich**, eingebracht zu Post 1 in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 23.6.2014.

Immer mehr ExpertInnen fordern eine baldige Steuerreform und finden damit bei der Mehrheit der Bevölkerung Anklang, die das derzeitige System als ungerecht empfindet. Insbesondere sollen kleine und mittlere Einkommen entlastet und Vermögen stärker besteuert werden.

“Das Kapital im 21. Jahrhundert” des französischen Ökonomen Thomas Piketty sorgt derzeit für Diskussionen. Das Resümee des Universitätsprofessors nach weltweiten Untersuchungen über Einkommens- und Vermögensverteilungen ist: Die Reichen werden immer reicher, die Armen ärmer. Das liege daran, dass Gewinne aus Kapital stets stärker gewachsen sind als die Wirtschaftsleistung. Nach einer Studie der Wiener Wirtschaftsuniversität ist die Reichtumskonzentration in Österreich noch stärker als bisher angenommen. Vermögen sind in einer sehr kleinen Bevölkerungsgruppe konzentriert, allein die reichsten fünf Prozent heben sich mit einem durchschnittlichen Nettovermögen (abzüglich der Schulden) von 2,56 Millionen Euro deutlich ab.

Tatsache ist, dass in Österreich der Faktor Arbeit zu hoch und Vermögen zu niedrig besteuert werden. Bei vermögensbezogenen Steuern liegt Österreich an drittletzter Stelle der OECD. Und das vor dem Hintergrund, dass das oberste Prozent der Bevölkerung hierzulande rund 470 Milliarden Euro Nettovermögen besitzt (Quelle: Studie Uni Linz 2013). Ein wesentliches Ziel einer Steuerreform muss aber ebenso sein, BezieherInnen niedriger Einkommen steuerlich zu entlasten und ihre Kaufkraft zu steigern. Die Stärkung der Kaufkraft ist ein wesentlicher Beitrag zu mehr Wirtschaftswachstum und hilft damit die Arbeitslosigkeit zu verringern und letztendlich auch die öffentlichen Budgets zu entlasten.

Die gefertigten GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

**Beschluss- (Resolutions) Antrag**

Die Bundesregierung möge möglichst bald ein Konzept für eine Steuerreform in Österreich vorlegen, durch welche einerseits die ArbeitnehmerInnen entlastet und die Kaufkraft, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung gestärkt werden bzw. andererseits Vermögen in Österreich einen gerechten Anteil zum Gemeinwohl beitragen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 23.6.2014